

# Wilsdruffer Tageblatt

Zersprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilt täglich mit Ausnahme der Sonntage und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Postabnahme monatlich 4 Mk., durch weitere Abnehmer im Voraus in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12 Mk. ohne Befreiungsfähigkeit. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jedwede Befreiung entgegen. Im Falle späterer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Interaktionspreis 20 Pf. für die regelmäßige Kopie oder ihren Namen, Lokalpreis 10 Pf., Resten 2 Mk. Bei Wiederholung und Fortsetzung entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachung im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeitungs-Kopie 2.50 Mk. Nachmittags-Nachricht 50 Pf. Nachmittags-Nachricht bis vormittags 10 Uhr. Für die Kopie der nach dem 1. Januar 1921 übergebenen mit Hilfe von Herrn Lehrer Rühlmann anbrach erfüllt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht.

Ersteht seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reußen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorand. Verleger und Drucker: Arthur Jschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Jschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 253.

Sonntag den 31. Oktober 1920.

79. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Fettverteilung.

Auf den Abschnitt W der Landesfettkarte werden auf die Zeit vom 1. bis 7. November 1920 50 g Butter ausgegeben. Die Krankenbutterkarten sind gleichfalls mit 50 g Butter zu beliefern. Reußen, am 29. Oktober 1920. 1195 II O. Kommunalverband Reußen-Land.

### Maul- und Klauenseuche.

Unter den Viehbeständen der Gutshöfe Theodor Küster in Grumbach und Max Starke in Neufkirchen ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Als Sperrbezirk werden die Ortsteile Grumbach unterhalb des Gasthofes Erdgericht bis zur Restauration Eger und Neufkirchen unterhalb des oberen Gasthofes mit Gutsbezirk bestimmt. Das Beobachtungsgebiet bildet der übrige Ort- und Flurbereich Grumbach zwischen Gasthof Erdgericht und Braunsdorf und Neufkirchen oberhalb des oberen Gasthofes sowie Hasenbänker und Neuer Ausbau neben den bereits bekanntgegebenen zurzeit noch seuchenfreien Gemeinden.

Dittmannsdorf und Schmiedewalde werden von der Beobachtung wieder freigegeben. 1587a/1608a V.

Reußen, am 29. Oktober 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

Vom Reichsarbeitsministerium sind Mittel aus der produktiven Erwerbslosen-Fürsorge zur

### Hebung der Bautätigkeit

bereitgestellt worden. Es handelt sich dabei um Ausbesserungsarbeiten aller Art, wie Gebäudereparatur, Dachumdeckungen, Hofbeseitigungen, Vorrichtungsarbeiten von Wohnungen und vor allem aber auch um die Erstellung von Behelfsbauten und Notwohnungen, Ausbau von Dachräumen, inneren Ausbau von Gebäuden und Umbau von Lager- und gewerblichen Räumen zu Wohnungen.

Es ist zu erwarten, daß möglichst viel Interessenten, vor allem auch Privatpersonen von diesen Vergünstigungen Gebrauch machen wollen.

Alle Hausbesitzer in hiesiger Stadt, die einen derartigen Antrag stellen wollen, haben dies dem unterzeichneten Stadtrat bis spätestens 8. November 1920 mittags schriftlich mitzuteilen. Die Mitteilung hat genaue Angaben über die geplanten Arbeiten deren Zweck und Höhe der Kosten — getrennt nach Arbeitslöhnen und Materialpreisen — einzureichen.

Alles Weitere ist aus der Notiz im örtlichen Teil vorliegendes Blatt zu ersehen. Wilsdruff, am 30. Oktober 1920. Der Stadtrat.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Wiederaufbaukommission hat die Ergänzungslisten zu den von Deutschland bereits gefertigten 100.000 Tonnen, die als Ersatz für die Verluste der Flotte bei Scapa Flow zu liefern sind, mit 88.000 Tonnen festgelegt.
- Im Haushaltsauschuss des Reichstages haben die Reichsminister die Reichsfinanzverwaltung eine ausführliche Darstellung der Fälle des Vermögens und Augustin.
- Die Preussische Landesversammlung beschloß, daß die preussischen Farben „schwarz-weiß“ bleiben sollen.
- Über die ökonomische Lage sollen bereits über 10.000 Personen, namentlich Arbeitslose, zur litauischen Armee übergegangen sein.
- Zum japanischen Vizekonsul in Berlin ist der bisherige Konsul in Stockholm Stofl ernannt worden.
- Das Reichliche Ministerium beschloß, den 9. November zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.
- Die polnisch-litauischen Differenzen betreffen Wilna sollen nach einem Beschluß des Völkerbundrates durch eine Volksabstimmung in Wilna entschieden werden.
- Nach einer „Times“-Meldung aus Athen wurde Admiral Konduriotis, ehemaliges Mitglied der provisorischen Regierung in Saloniki, mit 137 gegen 3 Stimmen zum Regenten von Griechenland gewählt. Sofort nach der Wahl hat der Regent vor der Kammer den Eid abgelegt.
- Nach einer Meldung aus Athen ist Prinz Paul von Griechenland, der in Luzern weilte, offiziell benachrichtigt worden, daß ihm die Krone anfallt.

### Erdrosselung unseres Luftverkehrs.

Erneute Flugverbote. Die Beschlagnahme der Postflugzeuge der Rumpler-Werke, die auf ihrer Reise von München nach Wien von der österreichischen Entente-Kommission festgehalten wurden, scheint immer weitere Kreise zu ziehen. Gemisse gleichartige Vorfälle deuten darauf hin, daß in diesen Maßnahmen ein System liegt. Wie aus München gemeldet wird, teilte die Internationale Luftfahrt-Überwachungskommission durch die Luft-Friedenskommission den Rumpler-Werken mit, daß ihnen und der Luft-Reederei in Berlin das Fliegen überhaupt verboten sei, da sie gegen das Verbot, außerhalb Deutschlands zu fliegen, gehandelt hätten. Die Konzeption zum Fliegen werde den beiden Gesellschaften entzogen, und die Flugzeuge würden beschlagnahmt. Die Rumpler-Werke haben sofort Protest beim Reichsluftamt eingelegt. Den beteiligten deutschen Werken ist diese Entente-Verfügung noch nicht zugegangen. Auffällig ist eine Mitteilung der Badischen Luftschiffabri-Gesellschaft, nach der die Verzögerung in der Aufnahme des Luftpost-Vertrages zwischen Wien und Paris darauf zurückzuführen ist, daß die französische Regierung jede Landung deutscher Flugzeuge auf Schweizer Boden verboten hat. Auch das deutsche Flugzeug, das kürzlich den Probestflug Königsberg—Remel—Riga ausführte, ist auf der Rückreise im Königsberger Flughafen von der Entente-Kommission mit der Begründung beschlagnahmt worden, daß es sich um ein Kriegsfeldflug handele. Das allein sind Entschlüsse, die nur darauf berechnet sein können, den deutschen Luftverkehr zu behindern, während der Versailles-Friedensvertrag eine rechtliche Grundlage zur Eröffnung des deutschen Luftverkehrs nicht bietet.

### Deutscher Reichstag.

21. Sitzung. 29. Oktober. Die heutige Sitzung begann mit der Erledigung von zahlreichen kleinen Anträgen. Unter anderem trug der

Abg. Dr. Frdr. v. Versner (Deutsche Vp.): Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Heimkehr der

### deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien

vor Beginn des Winters durchzuführen? Darauf antwortete Staatsminister Grafen: Der Abtransport ist in vollem Gange. Mehrere Transporte sind bereits in Deutschland eingetroffen. Ebenso ist das Eintreffen mehrerer tausend deutscher Gefangener aus Sibirien telegraphisch gemeldet. Es kann damit gerechnet werden, daß der größte Teil der noch in Sibirien befindlichen Gefangenen bei Beginn des Winters eintrifft. Für die Zurückbleibenden sind alle für möglichsten Vorbereitungen getroffen. Eine Anfrage des Abg. Müller (Deutsch-nal.) lautete dahin, was die Regierung auf Grund der Ausstellungen solcher Transporte im besetzten Gebiet unternommen habe? Die darauf erteilte Antwort lautete, die Reichsregierung hat der interalliierten Kommissions eine Zusammenstellung der Gesamtstatistiken übermitteln. Sie arbeitet mit allen Kräften an dem Ziel, die Rückführung der verbliebenen Transporte zu erreichen. Weiter wurde auf die Anfrage des Abg. Schiffer und Genossen (Dem.): Was die Reichsregierung gegen die Beschlagnahme von beträchtlichen Mengen russischer Lebensmittel in der Nähe von Wladiwostok zur Erleichterung von Flugzeugen durch die französische Militärverwaltung zu tun gedenke, geantwortet: Circa 450 Wagen größtenteils mit Kartoffeln bestellten Lieferungen sind von der französischen Militärverwaltung mit Beschlag belegt und es sind darauf Flugzeugen errichtet worden. Ein dagesen erhobener Einspruch ist am 28. Juni dahin beantwortet worden, daß der Beschlagnahmebefehl aus militärischen Gründen nicht aufgehoben werden könne, daß aber die Ernte von dem Gelände herbeigebracht werden dürfe.

Nach den kurzen Anfragen kam die Interpellation Schiffer betreffend Malmedy und Cupen an die Reihe. Diese Interpellation wird an einem der nächsten Tage beantwortet werden. Darauf wurde der Notetat endgültig angenommen und alsdann begann die

### Fortsetzung der politischen Aussprache.

Zuerst sprach sehr ausführlich der Reichsminister des Innern Dr. Simons. Er wandte sich zuerst gegen Ausführungen, die der Sprecher der Deutschnationalen, Graf Westarp, gefeuert gemacht hatte. Der Standpunkt des Grafen Westarp, daß der Friedensvertrag von Versailles unter solchen Voraussetzungen zu erfüllen sei und insofern für uns als nicht erfüllbar zu gelten habe, kann, so betonte der Minister, von der deutschen Regierung unmöglich akzeptiert werden. Denn die Vorgänger in der jetzigen Regierung haben diesen Vertrag unterschrieben und die weitüberwiegende Mehrheit der Nationalversammlung hat ihm zugestimmt. Infolgedessen müssen wir die eingegangenen Verpflichtungen innehalten und nach Möglichkeit ausführen. Wollten wir uns der Erfüllung widersetzen, so würde ein neuer Krieg unvermeidlich sein. Der Minister sprach dann über die Bemühungen zu einer

Verständigung über die von uns geforderten Leistungen zu gelangen, und er bedauerte, daß unsere Vordächler über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich bisher abgelehnt worden sind. Alsdann gedachte der Minister der Forderung von 210.000 Milchwägen, wobei er darauf hinwies, daß diese Forderung noch keineswegs anerkannt ist, daß es sich dabei einseitig nur um eine Luftstellung handele. Im Anschluß hieran beantwortete der Minister die Interpellation betr. der

### Dieselmotoren.

Er betonte, daß wir nach dem Friedensvertrage zur Herstellung von Kriegsmaterial verpflichtet sind, daß diese Herstellung aber nicht von den Kommissionen der Alliierten und deren Mitgliedern vorgenommen werden dürfe, sondern von der deutschen Regierung selbst vorgenommen werden soll. Deshalb, so erklärte der Minister, ist es auf das entschiedenste zurückzuweisen, daß einzelne Entente-Offiziere weitläufige ostische Gegenstände als angebliches Kriegsmaterial eigenhändig zerlegen haben. Bei diesem Hinweis des Ministers entstand im Hause große Unruhe, und es wurden vielfach Rufe laut: „Unerschöpflich!“

Der Minister legte den deutschen Standpunkt betreffend der Dieselmotoren dar und bemerkte, daß das Verlangen, die Dieselmotoren zu zerstören, einwillen hinausgeschoben

worden ist. Dagegen treffe die Nachricht, daß die Mächte ihr Verlangen nach der Zerstörung bereits zurückgezogen hätten, nicht zu.

Dann ging der Minister zu den allgemeinen wirtschaftlichen Fragen über. Der Präsident der Konferenz in Brüssel hat die folgende Frage gegeben, was wir uns in Genf wiederbedenken, um die Frage der Wiederaufbau endgültig zu lösen. Gegen diese Konferenz hat leider Frankreich Widerspruch erhoben. Sehr erfreulich ist es, daß England an dem Versprechen der Genfer Konferenz festhält. Was den

Wörterbund anlangt, so ist er in Deutschland sehr unpopulär, und zwar mit vollem Recht. Das deutsche Volk hat dem Wörterbund einmals zu viel Vertrauen entgegengebracht. Ich warne aber davor, den Wörterbund für eine abgetane Frage zu behandeln; es ist für uns sehr notwendig, die Frage des Vortritts den der Eintritt in den Wörterbund für uns hat, genau zu prüfen. Der Minister betonte es, daß durch die Dinge einiger Zeitungen eine feindselige Stimmung gegen Frankreich erzeugt worden wäre. Andererseits betonte er es, daß es deutsche Mächte gibt, die unter Entgegenkommen gegen die Franzosen noch zu gering finden. Mit Italien sind die Beziehungen leichter auszumachen. Der Minister geht auf die Beziehungen zu den übrigen Nachbarländern ein, besonders zu Polen. Über Oberösterreich soll ausführlich beim Autonomiegespräch gesprochen werden. Ich bin der Meinung, daß der Bericht auf die Abstimmung das beste wäre im Interesse der gesamten europäischen Wirtschaft. Der Minister schließt mit der Aufforderung zur Einigkeit des deutschen Volkes in allen deutschen Gedanken.

### Die deutsche Grenzliste.

Nach dem Reichsminister des Auswärtigen sprach der Abg. Stresemann (Deutsche Vp.). Er fragte unter anderem, ob es wahr wäre, daß gegen den Major von Stalonael wegen seiner Veröffentlichungen über die an deutschen Gefangenen von unseren Feinden verübten Gräueltaten ein Verfahren eingeleitet sei, und er fragte, wann die Akten über die an deutschen Gefangenen verübten Gräueltaten veröffentlicht werden dürfen. Man müsse die Anlagen über unsere angeblichen Gräueltaten dadurch entkräften. Ein solcher Gegenbeweis würde die internationalen Beziehungen nicht nur nicht belasten, sondern vielmehr zur Wiederherstellung normaler Zustände führen. Weiter beschloß sich der Redner ausführlich mit der

### Frage der Sozialisierung.

Die Deutsche Volkspartei erklärte es, erkennt grundsätzlich an, daß die Bodenschätze der Allgemeinheit gehören. Das hat aber absolut nichts zu tun mit der Frage, ob die Überführung der Bodenschätze in die staatliche Hand ratsam ist. Die Verwaltung und Produktion von Kohlen und Gas muß einheitlich gestaltet werden. Man muß eine große gemeinwirtschaftliche Kontrolle herstellen, und man muß die Arbeiter am Gewinn und am Kapital des Unternehmens beteiligen.

Der nächste Redner war der Abg. Crivien (Rechts-unabhängig). Er sprach über Arbeiter- und Sozialisierungsfragen und die Feindschaft zwischen Kapitalismus und Arbeitern.

Die Verhandlungen zogen sich noch geraume Zeit hin.

### Neueste Meldungen.

#### Änderung des Spa-Abkommens.

Berlin. In hiesigen zukünftigen Stellen wird erklärt, daß voraussichtlich schon im November neue Verhandlungen über die Kohlenlieferungen beantragen sollen, da das Abkommen von Spa schon Ende Januar 1921 abläuft. Es sollen Änderungen bezüglich der Höhe der Lieferungen und der Qualität der Kohlen erzielt werden.

#### Der 19. Januar als Nationalfeiertag.

Berlin. In einer kleinen Anfrage regt die demokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung an, den 19. Gründungstag des Deutschen Reiches am 18. Januar 1921 als allgemeinen Nationalfeiertag zu bezeichnen.